Verfügung des Departementes für Justiz und Sicherheit über den Vollzug von Strafen und Massnahmen ¹⁾

vom 2. April 1982

I. Vollzugsbestimmungen

§ 1

¹ Der Vollzug der rechtskräftigen Strafurteile und Verfügungen steht unter der Aufsicht des Departementes für Justiz und Sicherheit ²⁾. Departement

² Soweit sich das Departement im Vollzugsverfahren Entscheide selber vorbehält, unterbreitet der Vollzugsbeamte die Akten samt Antrag.

§ 2 ³⁾

Soweit die Strafprozessordnung dem Departement Aufgaben zuweist, werden die notwendigen Anordnungen und Entscheide durch den Vollzugsbeamten getroffen. Vollzugsbeamter

§ 3

Vorbehalten bleiben bezüglich der §§ 4 bis 7, 9 und 13 die Vollzugsaufgaben der Jugendanwaltschaft gemäss § 22 StPO ⁴⁾. Jugend-anwaltschaft

§ 4

Der Vollzugsbeamte kontrolliert periodisch und jährlich mindestens einmal zusammen mit dem Verhörer das Kantonalgefängnis und zusammen mit dem Statthalter die Bezirksgefängnisse. Er erstattet dem Departement Bericht. Aufsicht über die Gefängnisse

¹⁾ Fassung gemäss Verfügung des Departementes für Justiz und Sicherheit vom 10. Oktober 2000.

²⁾ Fassung gemäss RRB vom 18. November 1997.

³⁾ Fassung gemäss V des Departementes für Justiz und Sicherheit vom 12. Mai 1992.

⁴⁾ 312.1

Vollzugskarte	<p>§ 5</p> <p>¹ Bei Freiheitsentzug ist für den Verurteilten oder Eingewiesenen eine Vollzugskarte zu erstellen. Darauf sind die in den Ausführungsbestimmungen zur Ostschweizerischen Vereinbarung über den Vollzug freiheitsentziehender Strafen und Massnahmen ¹⁾ geforderten Angaben und zudem alle Vollzugsvorgänge zu vermerken.</p> <p>² Die Vollzugskarte ist nach Eingang des Urteils, des Einweisungsbeschlusses oder der Strafverfügung zu erstellen.</p> <p>³ Bei vorzeitigem Strafantritt nach § 123 Absatz 3 sowie Sicherheitshaft nach den §§ 116 Ziffer 3 und 123 Absatz 2 StPO ²⁾ ist die Vollzugskarte sofort nach Erlass der Verfügung zu erstellen.</p>
Vorladung zum Strafantritt	<p>§ 6</p> <p>¹ Verurteilte, die sich in Freiheit befinden, sind mit eingeschriebenem Brief zum Strafantritt vorzuladen. Es ist ihnen im Rahmen von § 239 StPO ²⁾ eine Frist von höchstens zwei Monaten zum Strafantritt anzusetzen. Strafantritt vor dem in der Vorladung angesetzten Zeitpunkt ist zu gestatten.</p> <p>² Wird die Annahme der Vorladung verweigert oder wird sie nicht abgeholt, so ist sie polizeilich zuzustellen.</p> <p>³ Verurteilte, die in Abwesenheit verurteilt worden sind oder denen die Vorladung nicht zugestellt werden kann, sind polizeilich zur Verhaftung auszuschreiben.</p>
Strafaufschub	<p>§ 7</p> <p>Der Vollzugsbeamte befindet über Strafaufschubgesuche. In Zweifelsfällen hat er Weisungen des Departementes einzuholen.</p>
Vollzugauftrag	<p>§ 8</p> <p>Der Vollzugsbeamte stellt den Vollzugauftrag aus.</p>
Halbgefängenschaft	<p>§ 9</p> <p>Der Vollzugsbeamte ist zuständig für die Bewilligung der Halbgefängenschaft gemäss Artikel 4 der Verordnung 1 zum StGB ³⁾ und überwacht deren Durchführung.</p>

¹⁾ 342.31

²⁾ 312.1

³⁾ SR 311.01

§ 10

Der Vollzugsbeamte befindet über Vollzugsbegehren von Behörden ausserhalb des Ostschweizerischen Strafvollzugskonkordates.

Vollzugsbegehren
auswärtiger
Behörden

§ 11

Gesuche um Unterbrechung des Vollzugs im Sinne von Artikel 40 StGB¹⁾ sind schriftlich mit dem Antrag des Vollzugsbeamten, bei Insassen der Anstalt Kalchrain des Direktors, dem Departement zum Entscheid vorzulegen.

Unterbrechung
des Vollzugs

§ 12

¹ Entweichungen von Gefangenen oder Anstaltsinsassen sind unverzüglich dem Polizeikommando zur Fahndung und Zuführung zu melden. Dem Departement und der einweisenden Behörde ist schriftlich Meldung zu erstatten.

Entweichungen

² Bei Entweichungen ist dem Departement unverzüglich ein Bericht über den Ablauf zu erstatten.

§ 13

Der Vollzugsbeamte sorgt dafür, dass Entlassungen aus längeren Freiheitsstrafen oder freiheitsentziehenden Massnahmen nach Massgabe der Ausführungsbestimmungen zur Ostschweizerischen Vereinbarung über den Vollzug freiheitsentziehender Strafen und Massnahmen²⁾ sorgfältig vorbereitet werden.

Entlassungen
aus längeren
Freiheitsstrafen

§ 14

Sind Ausländer nach dem Vollzug von Strafen und Massnahmen auszuschieffen, so sind die dafür notwendigen Anordnungen (Beschaffung der Ausweise oder Transportpapiere, Orientierung der zuständigen Organe des Empfangsstaates) so rechtzeitig zu treffen, dass die Ausschaffung im unmittelbaren Anschluss an den Vollzug vorgenommen werden kann.

Ausschaffung
von Ausländern

¹⁾ SR 311.0

²⁾ 342.31

Eintragungen in das automatisierte Strafregister, Judizialkostennoten	<p>§ 15¹⁾</p> <p>¹ Der Vollzugsbeamte übermittelt die Gerichtsurteile an die kantonale Koordinationsstelle. Diese nimmt die Eintragungen in das automatisierte Strafregister vor.</p> <p>² Die kantonale Koordinationsstelle leitet die Gerichtsurteile an das zuständige Bezirksamt weiter. Dieses erstellt die Judizialkostennote und stellt die Akten wieder dem Vollzugsbeamten zu.</p>
Einzug von Bussen und Kosten	<p>§ 16</p> <p>²⁾ Das Bezirksamt stellt zwecks Einzug von Bussen und Kosten dem Verurteilten die Judizialkostennote zu und räumt ihm in der Regel eine Zahlungsfrist von ein bis drei Monaten ein. Es kann Teilzahlungen oder längere Zahlungsfristen bewilligen.</p> <p>² Nach erfolgloser Mahnung hat es Betreibung einzuleiten. Für die Umwandlung der Busse in Haft ist nach Artikel 49 StGB³⁾ zu verfahren.</p>
Erlass von Kosten	<p>§ 17</p> <p>¹ Gesuche um Erlass der Kosten des Strafverfahrens sind an das Departement für Finanzen und Soziales⁴⁾ zu richten.</p> <p>² Gesuche um Erlass der Vollzugskosten sind an das Departement für Justiz und Sicherheit⁴⁾ zu richten.</p>

II. Halbgefängenschaft

§§ 18 – 29⁵⁾

-
- ¹⁾ Fassung gemäss Verfügung des Departementes für Justiz und Sicherheit vom 10. Oktober 2000.
- ²⁾ Fassung gemäss V des Justiz-, Polizei- und Fürsorgedepartementes vom 31. Oktober 1989.
- ³⁾ SR 311.0
- ⁴⁾ Fassung gemäss RRB vom 18. November 1997.
- ⁵⁾ Aufgehoben durch V des Justiz-, Polizei- und Fürsorgedepartementes des Kantons Thurgau über die Halbgefängenschaft vom 14. November 1986; 340.33.

III. Schlussbestimmungen

§ 30

Durch diese Verordnung werden die Weisungen über den Vollzug von Strafen und Massnahmen, die Weisungen über die versuchsweise Einführung des tageweisen Strafvollzuges und die Weisungen über die versuchsweise Einführung des Strafvollzuges in der Form der Halbgefangenschaft, alle vom 21. Dezember 1976, aufgehoben.

Aufhebung
bisherigen
Rechtes

§ 31

Diese Verordnung tritt mit der Publikation im Amtsblatt in Kraft.

Inkrafttreten